Nr. 138 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 69

Abend-Ausgabe

Groß-Berlin 40 Pf.
auswärts 50 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 60.— M., monatl. 20.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Westpolen, Oesterreich u. Luxemburg 54.— M., für das übrige Ausland 72.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 12.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 2.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 6.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Mittwoch, den 22. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Der Spruch der Reparationskommission.

Das Steuerkompromiß ungenügend. — 60 Papiermilliarden mehr verlangt!

Paris, 22. März. (WTB.) Die Entscheidung der Reparationskommission geht dahin, daß Deutschland im Jahre 1922 720 Millionen Goldmark in bar und für 1450 Millionen Goldmark in Sachlieferungen zu leisten hat. Bis jetzt hat Deutschland 281 948 920,41 Goldmark geleistet; infolgedessen sind noch 438 051 079,51 Goldmark zu bezahlen, und zwar wie folgt: 18 051 079,51 am 15. April, je 50 Millionen am 15. Mai, 15. Juni, 15. Juli, 15. August, 15. September und 15. Oktober, je 60 Millionen am 15. November und am 15. Dezember. Von den Sachlieferungen gehen 950 Millionen Goldmark an Frankreich, der Rest an die übrigen Alliierten. Als Sachleistungen werden die Erträgnisse des britischen Recovery Act und alle durch ähnliche Dispositionen eingegangenen Beträge anderer alliierter Regierungen auf Grund der Entscheidung vom 3. März 1921 angesehen. Sollte eine Obstruktion der deutschen Regierung oder ihrer Organe in den Sachlieferungen festgestellt werden, dann wäre der dadurch verursachte Fehlbetrag Ende 1922 in bar zu entrichten.

Hinsichtlich der Finanzreform erklärt die Reparationskommission in einem an den Reichskanzler gerichteten Schreiben, daß

das Steuerkompromiß

weder den Verpflichtungen Deutschlands noch seinen Zahlungsmöglichkeiten entspreche. Die Reparationskommission stellt deshalb in klarster Weise fest, daß sie eine tiefergehende Finanzreform und ein Aufgeben der bisher begangenen Irrtümer erwarte. Das Budget der aus dem Friedensvertrage entstandenen Lasten lasse ein Defizit von 171 Milliarden Papiermark bestehen, das mit dem Defizit aus dem außerordentlichen Budget und dem Budget der öffentlichen Dienste ein Gesamtdefizit von 183¼ Milliarden ergebe. Das Defizit von 171 Milliarden sei, das müsse anerkannt werden, hinsichtlich der Reparationsschuld auf dem bis jetzt gültigen Zahlungsplan aufgebaut. Der provisorische Aufschub, der heute von der Reparationskommission für die Zahlungen des Jahres 1922 gewährt worden sei, werde dieses Budget um ungefähr 45 Milliarden vermindern. Aber die Budgetberechnung sei auf einem Kurse von 45 Papiermark für eine Goldmark berechnet, während der Tageskurs 70 Papiermark sei. Das Nettodefizit von 126 Milliarden werde also weit überschritten werden, es sei denn, daß eine wesentliche Verbesserung des Wertes der Papiermark eintrete. Es sei erklärt worden, daß das Reich sich anschicke,

eine innere Zwangsanleihe

aufzulegen, aber der Reparationskommission sei kein Plan vorgelegt worden, der befriedigende Garantien biete dafür, daß den Verpflichtungen Genüge geleistet werden könne. Deshalb sei die Reparationskommission der Ansicht, daß die Lasten aus dem Friedensvertrag progressiv und schnell in das Budget aufgenommen werden müßten und zwar in dem vollen Maße, in dem die Einkünfte Deutschlands es gestatteten, und daß das Kapital Deutschlands die übrigen Lasten aufbringen müsse, entweder auf dem Wege der Anleihen oder der direkten Besteuerung. Die Reparationskommission sei der Ansicht, daß schon das Budget für 1922 einen bedeutenden Teil der herabgesetzten Zahlungen decken und der andere Teil durch

eine Kapitalssteuer

aufgebracht werden müsse. Um die Aufgabe der deutschen Regierung zu erleichtern, sei die heutige Entscheidung getroffen worden. Es müsse aber wohl verstanden werden, daß der Zahlungsplan für 1922 nur provisorisch sei, und daß dessen endgültige Aufrechterhaltung von der strikten Beobachtung der Bedingungen abhängig sei, die Deutschland auferlegt würden. Diese Bedingungen seien die folgenden:

1. was das Budget anbetreffe:

a) Alle in der Note der deutschen Regierung vom 28. Januar angeführten Maßnahmen, für die ein Zeitpunkt festgesetzt sei, müßten zum festgesetzten Datum ergriffen werden. Sollten diese Fristen nicht auf den Augenblick eingehalten werden, dann müßten die Maßnahmen innerhalb 14 Tagen erfolgen.

b) Die neuen Steuern und Lasten, die im Programm vom 26. Januar 1922 aufgeführt seien und die in Deutschland unter dem Namen „Steuerkompromiß" bekannt seien, müßten vor dem 30. April angenommen und in Kraft gesetzt sein.

c) Die deutsche Regierung müsse unmittelbar einen Zusatzsteuerentwurf ausarbeiten und in Kraft setzen, durch den im Laufe des Budgetjahres 1922/23 eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark zuzüglich der Einnahmen, die das gesamte Budget vorsehe, erbracht werde. Dieser Gesetzentwurf müsse vor dem 31. Mai 1922 angenommen und in Kraft gesetzt sein und müsse den Eingang von 40 Milliarden Zusatzeinnahmen vor dem 31. Dezember 1922 sicherstellen. Diese neuen Steuern müßte die deutsche Regierung auswählen, jedoch wünsche die Reparationskommission, daß ein Budget geschaffen werde, daß, wenn möglich, eine neue und komplizierte Steuerveranlagung vermeide. Deshalb fordert die Kommission die deutsche Regierung auf, ein System anzunehmen, durch welches der Belastungsschlüssel sich automatisch im Verhältnis der zukünftigen Erhöhung der deutschen Schuld gegenüber der Reichsbank und im Verhältnis des Sinkens der Kaufkraft der Mark auf dem inneren Markte erhöhe.

2. Was die Kontrolle anbetreffe: Alle gesetzgeberischen und Verordnungsmaßnahmen auf Grund der getroffenen Entscheidung der Reparationskommission sind dieser sofort mitzuteilen. Ueber die Ausführung der Maßnahmen steuerlicher Art, die zur Realisierung des vorgeschriebenen Programms aufgestellt werden, soll zwischen Delegierten der deutschen Regierung und der Reparationskommission verhandelt werden. Die Reparationskommission werde durch den Garantieausschuß eine ziemlich umfangreiche Kontrolle ausüben lassen, damit sie in jedem Augenblick genaue Rechenschaft über die Ausführung der Steuergesetzgebung, namentlich aber über den Eingang der Steuern ablegen könne. Die Reparationskommission werde Deutschland nötigenfalls auffordern, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um festgestellte Mängel abzustellen, und behalte sich Entscheidungen vor für den Fall, daß nach Bewilligung einer angemessenen Frist nicht die als genügend erachteten Maßnahmen ergriffen worden seien. Die Entscheidungen der Reparationskommission erstreckten sich auch auf die Ausgabenverminderung. Hierfür sei vorgesehen, daß

im April eine Revision des Ausgabenbudgets

erfolgen soll. Außerdem wird verlangt, daß bis zum 30. April das Projekt einer

inneren deutschen Anleihe

vorgelegt und in das Studium der Bedingungen für die Auflegung einer äußeren Anleihe eingetreten werde. Schließlich soll bis zum 30. April ein Programm gegen die Kapitalflucht, ein Programm über die Kontrolle der Auslandsdevisen und ein allgemeines Programm zur Sicherstellung der Rückkehr des Gegenwertes der deutschen Ausfuhr aufgestellt werden. Der Kontrollausschuß soll mit der deutschen Regierung auch ein Verfahren festlegen, um die Kontrolle über die Ausfuhr und über den Eingang der Devisen wirkungsvoller zu gestalten. Schließlich wird von der deutschen Regierung verlangt, daß sie alle nötigen Maßnahmen ergreife, um die Rückkehr der nach dem Ausland geschafften Kapitalien zu ermöglichen. Um in Zukunft Kapitalflucht zu verhindern, und um den Eingang der schon ausgeführten Kapitalien zu ermöglichen, wird die Reparationskommission eine besondere Prüfung vornehmen. Endlich wird verlangt, daß vor dem 31. Mai gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen werden, um die volle

Unabhängigkeit der Reichsbank

gegenüber der deutschen Regierung sicherzustellen. Die deutsche Regierung soll auch vor dem 31. Mai eine Vorkriegsstatistik wirtschaftlicher und finanzieller Art bekanntgeben. Die Reparationskommission behält sich übrigens vor, noch auf einzelne Fragen, die augenblicklich in der Schwebe sind, in einer besonderen Mitteilung zurückzukommen.

•

Die Entscheidung der Reparationskommission stellt einen neuen Sieg dar, den politische Taktik über wirtschaftliche Vernunft erstritten hat. Die Reparationskommission ist nicht in der Lage, dasjenige tun zu können, was nach der Auffassung aller vernünftigen Volkswirtschaftler, also wahrscheinlich auch der meisten ihrer Mitglieder, getan werden müßte, um die Wirtschaft Europas wieder in Gang zu bringen. Ihre Aufgabe, den Frieden von Versailles und das Londoner Finanzdiktat auszuführen, weist ihr vielmehr den umgekehrten Weg.

So ist diese neue Entscheidung zustande gekommen, die in allen Schichten des deutschen Volkes, nicht am wenigsten in Arbeiterkreisen, die größte Erregung hervorrufen wird. Nachdem sich der Reichstag bemüht hat, aus dem deutschen Volk an Steuern herauszupressen, was aus ihm herauszupressen ist, kommt sofort ein neues Diktat, das ihm befiehlt, neue 60 Milliarden Steuern zu beschließen, d. h. den Steuerertrag, der in dem Finanzkompromiß vorgesehen war, zu verdoppeln. Wie dieses Kunststück zustande gebracht werden soll, wird nicht gesagt, das wird liebenswürdigerweise der deutschen Regierung überlassen, wobei nur — wie zum Hohn — der Wunsch geäußert wird, daß die allerneuesten Steuern, die über die neuesten getürmt werden sollen, so unkompliziert wie möglich sein mögen.

Der deutschen Regierung und dem Deutschen Reichstag werden einfach die Maße angegeben, nach denen sie zu arbeiten haben. Ob aber die Arbeit selbst überhaupt geleistet werden kann, darum kümmert sich die Reparationskommission nicht. So ergibt sich ein vollkommen unklarer und unlogischer Zustand. Zu seiner logischen Konsequenz würde er erst getrieben werden, wenn die Reparationskommission die Güte hätte, die Finanzverwaltung des Deutschen Reiches in ihre eigenen Hände zu nehmen und nach Gutdünken — natürlich ohne Zustimmung des Reichstags — Steuern und Abgaben auszuschreiben.

Es muß ganz klar gesagt werden: Es gibt keinen Menschen in Deutschland, der den gegenwärtigen Zustand, wie er in der Entscheidung der Reparationskommission klar zutage tritt, volkswirtschaftlich und staatsrechtlich für die Dauer als erträglich betrachten würde. Will man nicht den Weg gehen, der zu einer völligen Aufhebung der staatlichen Selbständigkeit Deutschlands führt — und man kann ihn nicht gehen — dann muß das Schuldenverhältnis Deutschlands zu den Alliierten sobald wie möglich zu einem normalen gemacht werden, wie es in einem gesunden Geschäftsleben üblich ist, d. h., es muß ein Ende haben mit dem System der Zwangsexekutionen und der kaum noch verhüllten Schuldknechtschaft.

Mögen die Arbeiter- und Sozialistenparteien sich der Gefahren bewußt werden, die das Verharren ihrer Regierungen bei einer unmöglichen, schließlich für alle Völker unerträglichen Politik in sich einschließt!

Auswärtiger Ausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags der zusammengetreten war, um über das Memelmans-Abkommen und die Anwendung seiner Bestimmungen über die freien Sachlieferungen auf das Wiesbadener Abkommen zu beraten, brach nach Reden des deutschvolksparteilichen Abgeordneten Dauch und des Reichskanzlers Dr. Wirth seine Verhandlungen ab. Er tritt voraussichtlich morgen vormittag zu einer neuen Sitzung zusammen, in der die Entscheidung der Reparationskommission den ersten Punkt der Tagesordnung bilden soll.

Heftige Auseinandersetzungen in Paris.

Paris, 22. März. (EP.) Nach dem „Oeuvre" ist die gestrige Sitzung der Reparationskommission erst nach Mitternacht zuende gegangen. Der belgische Delegierte widersetzte sich einer Ermäßigung des Londoner Zahlungsplanes, ohne daß die Deutschen vorher bestimmte Garantien gegeben hätten. Der englische Delegierte bekämpfte diese Auffassung, die von dem französischen Delegierten unterstützt wurde. Die Diskussion wäre in einem Augenblick so heftig gewesen, daß Louis Dubois drohte, zu demissionieren.

Der „Matin" schreibt, in der Reparationskommission ständen zwei Auffassungen einander gegenüber. Nach der ersten wäre Deutschland eine Frist gewährt worden, um die verlangten finanziellen Reformen durchzuführen. Nach der anderen wäre sofort eine Kontrolle eingesetzt worden. Diese beiden Auffassungen sind nun kombiniert worden. Wenn das Reich bis zum 1. Mai nicht alle nötigen Maßnahmen ergriffen haben wird, so daß es möglich sein wird, den neuen Zahlungsplan einzuhalten, wird der Londoner Zahlungsplan wiederhergestellt werden, d. h. die Belastung Deutschland um 900 Millionen Goldmark vermehrt werden, unter gleichzeitiger Androhung der Besetzung neuer Gebiete. Da man es in Deutschland mit einer schwachen Regierung zu tun habe, so würden ihr sofort alliierte Kontrolleure beigegeben werden, damit die Regierung ihren Willen im Lande durchsetzen könne. Der „Matin" schreibt zum Schluß: „Die Beschlüsse bedeuten die Eröffnung einer neuen Aera in der Geschichte der Reparationen und sie ergeben eine nützliche Klarheit vor der Eröffnung der Konferenz von Genua."

Amerikas Haltung.

Washington, 22. März. Dem „New York Herald" zufolge, wurde gestern im Weißen Haus mitgeteilt, daß Harding eine Parlamentsaktion vorschlägt, um den Vereinigten Staaten eine offizielle Vertretung in der Reparationskommission zu geben, besonders in Hinblick auf die Kontroverse über die deutschen Reparationen.

Offiziell wird mitgeteilt, Staatssekretär Hughes habe den alliierten Regierungen eine Note übersandt, in der er die Gründe auseinandersetzt, warum die amerikanische Regierung daran festhalte, an den deutschen Reparationszahlungen teilzunehmen, um ihre Besatzungskosten decken zu können. Der Wortlaut der Note soll innerhalb 24 Stunden veröffentlicht werden.

Das Dollarelend.

Am Berliner Devisenmarkt setzte sich heute die Hausse mit verstärkter Kraft fort. Der Dollar, der anfangs mit 300, später mit 309 gehandelt wurde, stellte sich um die Mittagsstunde auf 305.

Die brutale Republik.

Die Kosten der Lichterfelder Anstalt.

Seit zwei Wochen schreit sich die deutschnationale Presse die Kehle heiser über die „Brutalität" der Republik, weil etwa vierzig Zöglinge der staatlichen Lichterfelder Unterrichtsanstalt wegen gröbster Exzesse gegen eine Anstaltsdame diszipliniert worden sind.

Wie brutal die Republik mit den ehemaligen Kadetten umgegangen ist, mögen ein paar ganz nüchterne Zahlen zeigen. Die Lichterfelder Anstalt, die etwa 500 Schüler zählt, kostete dem preußischen Staat im Jahre 1920 einen Zuschuß von 3,3 Millionen, im Jahre 1921 einen Zuschuß von 5,5 Millionen Mark. Auf den Kopf des Schülers kam also im letzten Jahr ein Staatszuschuß von 11000 Mark, so daß die Schüler fast ausschließlich auf Staatskosten unterrichtet und unterhalten worden sind. Vergleichsweise möge angeführt werden, daß der Zuschuß für diese eine Anstalt im Jahre 1921 über anderthalbmal so hoch war als z. B. die Gesamtsumme, die der preußische Staat an Tagegeldern für sämtliche Schöffen und Geschworene in Preußen auswirft. Die Anstalt wird überhaupt nur aus charitativen Gründen weitergeführt, weil es sich zum größten Teil um Söhne von Kriegerwitwen usw. handelte.

Der Dank für diese ungeheure Bevorzugung, die ganz ungerechtfertigt erscheint, weil man u. E. das Geld viel besser für die Fortbildung begabter Arbeiterkinder verwandt hätte, bestand in einer maßlosen Hetze gegen denselben Staat, der den Unterhalt der Schüler zahlte. Diese Hetze ging z. B. soweit, daß die Hausdamen von den Schülern in solche eingeteilt wurden, die auf Empfehlung des „Deutschen Offiziersbundes" angestellt waren, und solche, die das Ministerium entsandte. Die „Ministeriumdamen" wurden von vornherein scheel angesehen und in jeder Weise schikaniert. Der als Nachfolger Karsens an die Anstalt entsandte Studiendirektor Harttung hat diese Dinge immer weiter sich entwickeln lassen und sie nur nach außen hin zu vertuschen gesucht. Er ist, wie wir hören, von seinem Posten entfernt worden. Die letzten Exzesse waren nur die unvermeidliche Explosion eines bis zur äußersten Spannung gesteigerten unerträglichen Zustandes. Die Geistesverfassung der jungen Leute wird am besten dadurch charakterisiert, daß sie bei dem entscheidenden Auftritt die mißliebige Anstaltsdame, Frau Sorge, mit Ausdrücken wie „Hure", "Sau" und noch schlimmeren beschimpften, die wir aus Gründen des allgemeinen Anstands nicht wiedergeben.

Leider scheint es, daß das Unterrichtsministerium wieder einmal soweit nachgeben will, daß die nationalistisch verhetzten Kreise — genau wie beim Abgang Karsens — dies als ihren „Sieg" auslegen und zu neuen Exzessen ermutigt werden. Von den Relegierten sind 19 Oberprimaner und 20 Unterprimaner. Den Unterprimanern soll die Aufnahme in eine ähnliche Anstalt — man spricht von Walstadt — gestattet werden, so daß ihre „Bestrafung" nur in einem Ortswechsel bestehen würde. Die im Abiturium stehenden Oberprimaner sollen die Möglichkeit haben, ihr Examen ein halbes Jahr später an einer anderen Anstalt abzulegen. Sie würden also mit einem Zeitverlust von sechs Monaten davonkommen. Interessant ist dabei, daß für sie nur eine andere ehemalige Kadettenanstalt für die Ablegung des Examens in Betracht kommt, weil ihre Leistungen und Kenntnisse hinter denen der Schüler normaler Gymnasien weit zurückstehen. Es muß zum mindestens verlangt werden, daß die jungen Leute zur Reifeprüfung dasselbe wissen müssen, was ein anderer auch wissen muß. Etwas intensivere Beschäftigung mit den Wissenschaften dürfte ihnen am ehesten die Lust zu nationalistischen Geburtstagsgelagen austreiben.

Wenn das Unterrichtsministerium vor dem Geschrei der reaktionären Presse über seine „Brutalität" zurückweicht, so möchten wir ihm und der Oeffentlichkeit einmal in Erinnerung bringen, wie unter dem alten System verfahren wurde. Der ehemalige Unterrichtsminister Genosse Haenisch ist als Primaner relegiert worden, weil er von einem Nebenzimmer aus einer sozialdemokratischen Versammlung zugehört hatte. Am Wilhelms-Gymnasium zu Berlin, dessen Direktor der hyperkonservative Prinzenerzieher Kübler war, ereignete es sich in den neunziger Jahren, daß ein zehnjähriger Sextaner namens Lehfeld wegen „Majestätsbeleidigung" relegiert wurde. Der Knabe hatte unter dem Einfluß einer ausländischen Erzieherin auf einen Zettel geschrieben: „Der Kaiser ist ein Esel." Natürlich konnte ein zehnjähriges Kind sich über den Sinn und die Tragweite dieser Handlung nicht im mindesten klar sein. Der Direktor Kübler aber empfahl sich für eine höhere Stufe eines seiner vielen Orden, indem er diesem zehnjährigen Kinde die Existenz zerstörte. So verfuhr das System, das von denselben Leuten vergöttert wird, die jetzt über die „Brutalität" der Republik winseln!

•

In der „Nationalliberalen Korrespondenz" ergreift der Unterrichtsminister Dr. Boelitz jetzt selber das Wort zu der Lichterfelder Angelegenheit. Er verwahrt sich in scharfem Tone dagegen, wie die deutschnationale Presse den Tatbestand umfälscht und das Vorgehen gegen die renitenten Kadetten als „Bluturteil" und „Massaker" hinzustellen sucht. In ihren ersten Meldungen hatten es die rechtsstehenden Blätter so hinzustellen gesucht, als sei die Bestrafung der Zöglinge wegen Absingung des Deutschlandliedes erfolgt. Kein Wort davon ist wahr. (Wir können sogar hinzufügen, daß wegen der Kaiser-Geburtstags-Feier in den Räumen der Anstaltsdame Frau v. Schwanewede nur diese, nicht die beteiligten Schüler, bestraft worden ist. Red.) Die Disziplinierungen erfolgten allein wegen der schon mehrfach behandelten Exzesse, deren Darstellung durch den Minister wir hier nicht zu wiederholen brauchen, weil sie sich mit unserer deckt.

Leider bestätigt der Minister auch, daß die „Bestrafung" durch das Unterrichtsministerium keine anderen Folgen für die Betroffenen haben wird, als wir sie oben dargestellt haben. Herr Boelitz ist bei dieser Sachlage natürlich völlig im Recht, wenn er die Behauptungen der Rechtspresse von einem „Bluturteil" zurückweist. Uns aber scheint es, daß er sich allzusehr von dem Bestreben hat leiten lassen, diese Behauptung zu entkräften.

In seinen Schlußworten weist der Minister den Vorwurf der Rechtspresse zurück, daß sein Vorgehen einen „politischen Akt" darstelle. Für ihn sei allein die Aufrechterhaltung der Staatsautorität, der Zucht und Ordnung an der Anstalt überhaupt maßgebend. Dieser Standpunkt ist durchaus richtig. Aber es besteht die Gefahr, daß die jetzigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Staatsautorität nicht ausreichen. Namentlich ist es bedenklich, wenn die aufsässigen Schüler nun geschlossen an eine andere Anstalt geschickt werden, in der bisher alles in Ordnung war. Wenn sie dort eintreffen mit dem Gefühl, daß ihnen die ganze Sache ja eigentlich nichts geschadet habe — von einem kleinen Ortswechsel abgesehen —, so ist die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß sie den Lichterfelder Geist auf ihr neues Domizil übertragen und dort ähnliche Zustände herbeiführen werden.

Der Monarchisten-Vogel.

Der frühere Hofprediger Vogel in Potsdam, über dessen merkwürdige Predigten wir schon mehrfach berichtet haben, hat sich veranlaßt gesehen, in Königsberg einen byzantinischen Vortrag über seine Besuche bei Wilhelm zu halten. In rührselig-kitschigem Stil, der an die Romane einer Courths-Mahler oder Anny Wonthe erinnert, schilderte Herr Vogel die „Leiden" des fürstlichen Dulders. Man erfuhr daraus erschröckliche Tatsachen, wie, daß der Exkaiser bei Tisch Wasser trinkt, daß er bereits nach dem Mittagsschlaf mit intensiver Arbeit beginnt, daß ein Prinz einmal auf einer Matratze geschlafen habe, und was dergleichen welterschütternde Dinge mehr sind. Auch die böse Valuta bereite Wilhelm schlaflose Nächte, da er nur deutsches Geld besitze (freilich ein gutes Schock Millionen!). Von den 2000 goldenen Tellern, die sich Wilhelm nach Doorn nachschicken ließ — von anderem ganz zu schweigen —, weiß der rührselige Herr Vogel nichts. Das sind doch immerhin „Sachwerte".

Besonders schön machte sich Herrn Vogels Erklärung, warum Wilhelm nicht an der Spitze seiner Truppen den Heldentod gesucht habe. Das wäre verschleierter Selbstmord gewesen, und Selbstmord sei eine Feigheit! Wie feige sind danach die 2 Millionen deutsche Soldaten gewesen, die in den vier Kriegsjahren „verschleierten Selbstmord" verübt haben!

Jeder blamiert sich nur so gut als er kann, der Monarchist blamiert sich durch den Monarchistenvogel.

Ein deutschnationaler Redakteurstreik.

Aus Detmold meldet WTB.: Das Redaktionspersonal der „Lippischen Tageszeitung" (deutschnational) ist heute abend wegen Differenzen mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat in den Ausstand getreten.

Wir wünschen den Herren vom kollegialen Standpunkt aus besten Erfolg ihrer Bewegung. Aber eins möchten wir ihnen doch zum Bewußtsein bringen: Hätten wohl vor der Revolution Redakteure, und gar Redakteure eines rechtsstehenden Blattes, an einen Streik auch nur zu denken gewagt? Warum beschimpfen und bespeien die Herren tagtäglich die Früchte des 9. November, wo sie doch selber gern von ihnen essen?

Schutzpolizei und Entente.

Der Verband der Polizeibeamten Preußens hatte am Dienstag eine Versammlung der Schutzpolizeibeamten nach der Bockbrauerei einberufen. Der Verbandsvorsitzende Schrader führte u. a. aus: Unsere Bestrebungen gehen dahin, im neuen Deutschland eine wahre Volkspolizei zu schaffen. Das können wir aber nur, wenn man die Schutzpolizei zur Ruhe kommen läßt und nicht dauernd Einmischungen der Entente stattfinden. Der Schutzpolizist soll und muß als Vertrauensmann der Bevölkerung seinen schweren Dienst auf der Straße versehen und nicht als irgendein Fremdkörper fungieren. Die vornehmste Aufgabe des Schutzpolizisten muß es sein, die Autorität des Staates ohne Blutvergießen zu wahren. Deshalb wenden wir uns gegen die Kasernierung der Beamten. Gleichzeitig müssen wir energischer denn je den Ruf nach wirtschaftlicher und rechtlicher Sicherstellung erheben. Dem vom Reichsministerium vorgeschlagenen Referentenentwurf haben wir als Verhandlungsbasis zugestimmt. Einzelne Paragraphen bedürfen allerdings erheblicher Ergänzungen.

Nach lebhafter Diskussion wurde eine Entschließung im Sinne dieser Ausführungen angenommen.

Verkehrssteigerung und Sparmaßnahmen.

In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags machte der Verkehrsminister Gröner interessante Mitteilungen über die Wirkung der Erhöhung der Eisenbahntarife. Er meinte u. a.: Im Juni 1921 sollte die Erhöhung der Tarife für den Personenverkehr 31⅓ Proz. Mehreinnahmen erbringen, sie hat erbracht 43,4 Proz.; im November: Voranschlag 33⅓ Proz., Ergebnis 65 Proz.; im Dezember: Voranschlag 73 Proz., Ergebnis 88 Proz. Selbst im Januar 1922, einem sehr schlechten Reisemonat, war das Ergebnis noch 83 Proz. Beim Güterverkehr ist die Entwicklung eine ähnliche. Im April 1921 sollte die Erhöhung eine Mehreinnahme von 89,8 Proz. erbringen; erbracht hat sie zunächst nur 80,4 Proz. Das Ergebnis wurde indessen immer besser und erreichte im Oktober bereits 118,8 Proz. Der Voranschlag für Januar sah 240 Proz. vor; das Ergebnis war aber um 3 Proz. höher. Teilweise wurde der Friedensverkehr schon überschritten. Die Zahl der Güterzüge ist auf den Rheinlinien von 172 vor dem Kriege täglich auf 209 gestiegen. An verschiedenen Stellen, z. B. in Hamburg, sind die Bahnanlagen völlig überlastet. Auch Köln und Sachsen gehören zu den Verkehrsstockungsgebieten. In Sachsen sind ungenügende Güterbahnhöfe und ebenso ungenügende Werkstätten vorhanden, die in Verbindung mit dem mangelhaften Lokomotivpark Schwierigkeiten verursachen. Im Osten erschwert der polnische Korridor den Verkehr sehr stark. Vom November 1921 bis Januar 1922 ist die Zahl der Beschäftigten um rund 30000 gefallen. Die Zahl der Diebstähle ist im dauernden Abnehmen begriffen. Im Januar 1919 wurden 23000 Diebstähle gemeldet, im Januar 1921: 16112, im Januar 1922: 12010.

Die elektrische Frau.

Von Lena.

Hier wurde berichtet, daß in Tanana in Alaska die Luft so mit Elektrizität geladen war, daß Männer, die ihre Frauen küßten, einen elektrischen Schlag empfingen. Der bekannte Physiker Prof. Spinteflus hat eine Reihe von Versuchen gemacht, die es ihm ermöglichen, Frauen in ähnlicher Weise, wie es hier durch die Atmosphäre geschah, mit Elektrizität zu laden resp. zu entladen, und er macht verschiedene Vorschläge für die Verwertung seiner epochemachenden Erfindung, der er den Namen „die elektrische Frau" gegeben hat.

Zunächst empfiehlt er für eifersüchtige Ehemänner einen Frauenladeapparat, vermittelst dessen jeder Mann die Frau so mit Elektrizität zu laden vermag, daß jeder, der sie zu küssen oder zu umarmen versucht, einen elektrischen Schlag empfängt, der ihn sofort betäubt. Für die Frauen selbst ist das Geladenwerden völlig ungefährlich. Die Ehemänner werden besonders zur Vorsicht ermahnt, damit sie nicht vergessen, ihre Frauen zu entladen, ehe sie selbst sie küssen.

Ferner wird der Polizei empfohlen, weibliche Kriminalbeamte auszubilden, die sich in den Kaschemmen den Verbrechern liebevoll nähern. Bei der in diesen Räumen herrschenden Freiheit der Umgangsformen wird es nicht auffällig sein, wenn sie dem Verdächtigen liebevoll einen Kuß auf die Lippen drücken, der ihn alsbald betäubt niederstreckt. Die Betäubung dauert solange an, bis die Polizei an Ort und Stelle ist. Diese steht mit der elektrischen Frau in ständiger Signalverbindung, und es werden für sie besondere Aufnahmeapparate für Kußladungen konstruiert werden.

Gewissen politischen Organisationen, die Interesse für gefahrlose Ausführung politischer Morde haben (siehe Gareis, Erzberger usw), kann die elektrische Frau ebenfalls dringend empfohlen werden, da auf ein rücksichtsvolles Betragen der Polizei, wie in Budapest, nicht immer mit Sicherheit zu rechnen ist. Besonders kräftige Frauenexemplare werden für die genannten Organisationen mit so starker Leitung versehen werden, daß ihr Kuß sofort tödlich wirkt. Eine hervorragend sinnreiche, allerdings kostspielige Kombination ermöglicht es auf Wunsch, daß gleichzeitig in der Luft ein Lichtsignal in Form eines Hakenkreuzes erscheint.

Endlich wird eine besondere Kußfrau für Kommunisten hergestellt. Dieselbe küßt automatisch alle, die den Weisungen von Moskau nicht folgen oder sich nicht zur angegebenen Zeit spalten wollen. Besondere Spaltvorrichtung kann auf Wunsch angebracht werden. Zur Ladung der kommunistischen Kußfrau ist Geschick nötig, da möglicherweise eine bei dem zum Kuß Bestimmten im Zunehmen begriffene geistige Klarheit die Kußwirkung erschweren könnte.

Auch Parlamentarierinnen können auf Wunsch verlangen, mit Elektrizität geladen zu werden, um politische Gegner auf raffinierte Weise durch Fernwirkung, wozu Mundspitzen genügt, unschädlich zu machen. Bei Klara Zetkin ist diese Ladung jedoch nicht vonnöten.

Diese kurze Uebersicht mag einstweilen genügen, um weiten Kreisen die Bedeutung der Erfindung klar zu machen. Professor Spinteflus bittet Interessenten, sich wegen Ueberlassung einer elektrischen Frau vertrauensvoll an ihn zu wenden. Diskretion Ehrensache. Auch nimmt er Anregungen für weitere Verwendung seiner bedeutsamen Erfindung dankend entgegen. Ob es ihm gelingen wird, auch elektrische Männer herzustellen, erscheint einstweilen ungewiß. Sollte es der Fall sein, so werde ich den „Vorwärts"-Lesern sofort davon Mitteilung machen.

Das Ende der altpreußischen Tugenden. Am 22. März schlägt jedes altpreußische Herz höher, da kann es schwärmen und schwelgen in der Erinnerung an den ersten Wilhelm und die altpreußischen Tugenden, die er alle in sich verkörperte. Außerdem ist die Geschichte schon länger her, und Sagenbildung erleichtert. Vor allem aber steht der zweite Wilhelm nicht mehr im Wege. Für ihn sich zu begeistern, wird selbst erprobten Monarchisten schwer, also flüchtet man lieber in die Vergangenheit, zu dem guten, alten, leutseligen Wilhelm, der einmal der Kartätschenprinz hieß und der bestgehaßteste Reaktionär im Preußenland war, und zu seiner Mutter Luise, die im Strahlenglanz aller Sentimentalitäten als preußische Madonna aufgeputzt wird.

Mit jener zu Herzen gehenden Gerührtheit, die durch kein Honorar ausgeglichen werden kann, schreibt einer im „Tag":

„Die preußische Vornehmheit hat uns auf die Höhe geführt; die zunehmende Abwertung an der preußischen Schlichtheit hat uns ins Elend gestürzt. Wir sind allzumal Sünder, und noch ist nicht ein Ende abzusehen. Noch ist nicht zu erkennen, daß irgend jemand in kargem Sicheinschränken dem Vorbild des alten Wilhelm und seiner Eltern von 1806 nachleben will — am allerwenigsten der sogenannte vierte Stand und seine Millionen-schiebenden und sich an Sektfrühstücken und Nachtschwelgereien erlabenden Herren Demagogen."

Ja, das Recht auf Sekt hat sich merklich verschoben; früher hatten es die Herren Agrarier, die es heute in verstärktem Maße ausüben, und die Herren Offiziere und andere angestammte und schicksalerkorene Menschen. Heute saufen ihn auch die Schieber und die neuen Reichen und — die Demagogen (die der „Tag" entdeckt hat.). „Schlichtheit, Selbstlosigkeit, Pflichtenstrenge, Ehrgefühl, Vaterlandsliebe, Gottesfurcht, echte Menschenfreundlichkeit, Treue, diese Grundelemente der preußischen Vornehmheit sind seit dem November 1918 zum Hohn geworden." Jede Zeit lobt immer die Tugenden der früheren und tadelt die eigene, so daß nach diesem Geschichtsrezept keine den Kranz verdient. Und dann versteht auch jede Zeit die Tugenden verschieden. Was der „Tag" hier meint, ist in Wahrheit: Untertänigkeit, Sklavensinn, Abrackerei ohne menschenwürdige Existenz, Hundedemut usw.

Aber nehmen wir die Liste einmal wörtlich. Ist da den Tugendpredigern nicht ein erheblicher Irrtum untergelaufen? Hat diese Serie von Tugenden nicht Wilhelm II. schon gänzlich gefehlt? Gab es in der Welt einen Menschen, der weniger schlicht, der lärmender, anmaßender war, als dieser entartete Enkel Wilhelm I. Und die Treue? Und die Menschenfreundlichkeit? Reden wir nicht davon, wir würden uns lächerlich machen. Hat ER nicht Bismarck wie einen schlechten Dienstboten davongejagt? Hat ER nicht alle Welt brüskiert und vor den Bauch gestoßen?

Die Lehre von den altpreußischen Tugenden hat einen Fehler: sie haben vielleicht nie so existiert, jedenfalls aber sind sie von dem letzten Hohenzoller in Acht und Bann getan worden.

Der Stumme. Zwischen zwölf und ein Uhr nachts geistert er herum. Von Lokal zu Lokal. Ein wandernder Zeitungsladen. Wie ein schwarz-weißer Riesenfächer legen die Blätter, mit denen er handelt, eine papierne Muschel um seinen dürftigen Leib. Fünfzig Zeitungen, hundert Zeitungen führt er in seinem raschelnden Warenhaus. Er ist stumm und taub. Seine Stummheit, seine Taubheit sind nicht Requisit, nicht Geschäftstrick; er hört wirklich nichts, und er kann kein Wort sprechen. Selbst das Lallen und Krächzen der Taubstummen fällt ihm schwer. Wenn sein rotes Gesicht, gebeizt von der Schärfe der Nachtluft, sich in die verlogene Schwüle der Bierstuben schiebt, dann muß er warten, bis man ihn bemerkt, denn verständlich machen kann er sich nicht, der Stumme. Er peitscht noch einmal mit einer dürftigen, armseligen Peitsche die müden Nerven der Verbrauchten auf. Denn seine Ware ist mit dem Steuerstreifen der Sensation banderoliert. Er handelt mit pikanten Blättern, mit üblen Tratschgazetten, mit der ganzen dunklen, übelriechenden Skandal- und Erpresser-Druckerschwärze. Nun freilich, im Zwielicht von grün verhängten Lampen im Schatten des Alkohols, greifen viele Finger gierig nach seinen Blättern. Das verspricht eine letzte kleine Sensation vor dem Schlafengehen nach einem dumm beschlossenen Tag. Von den erpreßten Tausenden erzwungener Schweigegelder fallen ein paar armselige Prozente nächtlich für ihn ab. Lautlos, wie er gekommen, huscht das Gespenst des Stummen in die Nacht zurück. Er weiß nicht, was in den Blättern steht. Sein Manager stellt sie für die Geisterstunde zusammen. Bevor er das Lokal verläßt, nickt er kräftig nach allen Seiten. Man meint seine Wirbelsäule knacken zu hören. Wenn ein Wunder geschähe, wenn er plötzlich sprechen könnte, er wüßte sicherlich nichts zu sagen. Er kennt nur die Welt, die er verhandelt und mit der er Handel treibt. Aber er hat nichts gemein mit ihr. Unberührt von ihrer Gier und ihrem Rhythmus steht er in ihr, ein reiner Tor der Berliner Nacht...

Musikalische Kammerspiele. Unter diesem Titel ist eine Gesellschaft in Bildung begriffen zur weiteren Entwicklung des deutschen Singspieles. Es sollen nicht nur die Berliner Vorstellungen erweitert, sondern vor allen Dingen weitere Ensembles gebildet werden, um in den mittleren und kleinen Städten künstlerisch hochstehende musikalische Theateraufführungen zu ermöglichen. Die Gesellschaft will auf diese Weise dem tiefstehenden Niveau der modernen Operette ein Gegengewicht bieten und die breite Masse des Volkes mit den noch unbekannten melodischen Schätzen unsrer großen Meister bekannt machen.

Ernst Ludwig Taschenberg, der Zoologe der Universität Halle, ist im Alter von 68 Jahren gestorben. Taschenberg war seit 1887 Herausgeber der Bibliotheca zoologica und hat sich durch vortreffliche populäre Werke, besonders über Insekten, verdient gemacht.

Der Aufmarsch für Genua.

Als Vertreter Englands werden an der Konferenz von Genua, wie amtlich mitgeteilt wird, Lloyd George, Curzon und Robert Home teilnehmen. Lloyd George wird vor seiner Abreise am 3. April im Unterhaus die Vertrauensfrage stellen. Als Delegierte Frankreichs sind nach einer Meldung des „Petit Parisien" Barthou, de Lasteyrie, Seydoux und Sergeant (Unterstaatssekretär für Finanzen) ausersehen. Der Völkerbundrat wird sich am 24. März zu einer kurzen Session in Paris versammeln, um über die Beziehungen des Völkerbundes zur Genueser Konferenz und die Beteiligung der technischen Dienstzweige an der Vorbereitung der Konferenz zu beraten.

Sachverständige und Wiederaufbau.

Paris, 22. März. (EP.) Wie der Korrespondent des „Petit Parisien" in London berichtet, ist die Sachverständigenkonferenz gestern zu einer Einigung in der Frage der Ausgabe von Gutscheinen für die Abtragung der russischen Staatsschulden gelangt. Der zur Annahme gelangte Beschluß wird in die Empfehlungen aufgenommen werden, die von der Sachverständigenkonferenz der Konferenz von Genua vorgetragen werden. Die englischen Vorschläge über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland haben zahlreiche Abänderungen erfahren. Gestern nachmittag legte der Führer der italienischen Delegation, Gianini, der Konferenz den italienischen Entwurf vor, der, wie der englische, die Form eines Vertrages hat. Dieser Entwurf legt besonderes Gewicht auf die Handelsfragen und die juristischen Garantien. Auch ein genauer Plan für die Verbesserung der russischen Verkehrsverhältnisse ist in dem Entwurf enthalten. Der italienische Entwurf wird heute morgen eingehend besprochen werden. Nachdem wird der französische und der belgische Entwurf vorgenommen werden, die jedoch keine Vertragsform haben. Nach der russischen Frage wird die Frage des Wiederaufbaues Mitteleuropas und die Frage des Konsortiums behandelt werden.

Die Koalitionsfrage in Italien.

Rom, 22. März. (Intel.) In der letzten Sitzung der Geschäftsleitung der Sozialistischen Partei Italiens beklagte sich der Parteisekretär Floritto, daß einzelne Parteimitglieder von der Zusammenarbeit mit dem Bürgertum derart eingenommen seien, daß sie darüber die Arbeit in der Partei vergäßen. Alle Anstrengungen der Geschäftsleitung in den letzten fünf Monaten nach dem Kongreß von Mailand, diese Mitglieder von ihrer falschen Taktik zu überzeugen, seien gescheitert. Auf der anderen Seite betreibe eine Gruppe eine Fraktionsarbeit, welche nicht geduldet werden könne, nämlich die Gruppe Maffi, Lazzari, Riboldi, die den sofortigen Anschluß an die Dritte Internationale propagiere.

Serrati erklärte, daß die Disziplinbrüche von rechts und von links nicht mit dem gleichen Maße gemessen werden dürften. Die von links seien nur formaler Natur. Die Parteirechte aber verletze die Disziplin, um, wenn auch unbewußt, den Kapitalismus zu retten. Serrati kritisierte die Arbeiten der Parlamentsfraktion und erklärte, man könne schon im Hintergrund die Allianz der rechten Sozialdemokraten über die Katholische Volkspartei mit Nitti erkennen, was eine Allianz zwischen Proletariat und Finanzkapital bedeuten würde.

Schließlich gelangte eine Resolution zur Annahme, in der Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß es der Geschäftsleitung trotz aller Anstrengungen nicht gelungen sei, die alten Fraktionen zu liquidieren, da seitens einiger Deputierter und Sekretäre versucht werde, die Fraktionskämpfe, welche zur Spaltung führen, von neuem zu entfachen. Um die Spaltung zu vermeiden, welche im gegenwärtigen Augenblick tödlicher wäre denn je, sähe sich die Geschäftsleitung gezwungen, von den ihr von dem Parteitag gegebenen Vollmachten Gebrauch zu machen und alle Parteigenossen zur Disziplin aufzufordern, widrigenfalls ihr Ausschluß unvermeidlich wäre.

Die Geschäftsleitung mißbilligte in einer weiteren Resolution den zwischen der sozialistischen Bezirksorganisation von Cremona mit der Katholischen Volkspartei abgeschlossenen Defensivvertrag insoweit, als damit der Versuch gemacht würde, in völliger Unabhängigkeit von den leitenden Organen der Partei auf lokalem Boden ein Wahlbündnis mit einer bürgerlichen Partei herzustellen, was zu einem wichtigen Prinzip der Partei in Gegensatz stehe.

•

Die Geschäftsleitung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes entsandte eine Delegation zu dem Vertreter der Sowjetrepublik in Rom mit der Bitte, er möge auf seine Regierung einwirken, daß von der Verurteilung der Sozialrevolutionäre solange Abstand genommen würde, bis die Angelegenheit den Exekutiven der drei Internationalen zur Prüfung vorgelegen habe.

Vor dem Bergarbeiterstreik in Amerika.

Newyork, 22. März. (EP.) **Der vollziehende Ausschuß der amerikanischen Kohlenarbeiter versandte gestern den Streikbefehl für den 31. März an alle Gewerkschaften. Es wird erklärt, daß 90 Proz. aller Kohlenarbeiter sich zugunsten des Ausstandes bekannt haben. Man befürchtet, daß der Ausstand sich auch auf andere industrielle Betriebe ausdehnen wird. Man weiß, daß die Kohlenarbeiter vor einiger Zeit eine Allianz mit den Eisenbahnern abgeschlossen haben.**

Preußische Demokratisierung.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages setzte am Dienstag die Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern fort. Nach Angabe des Regierungsvertreters sind zurzeit von 430 Landräten 60, also 15 Proz., sogenannte Außenseiter. Genosse Heilmann machte die interessante Mitteilung, daß die Ostpreußische Verlagsanstalt, die sich über die Entziehung der Druckarbeiten durch den Polizeipräsidenten Genossen Lübbring-Königsberg beschwert hat, einen Vertrag mit anderen Blättern geschlossen hatte, wonach diese Firmen bei Ausschreibungen durch die Behörden immer 5 Proz. mehr fordern mußten als die Ostpreußische Verlagsanstalt. Insbesondere beklagt Heilmann, daß die Demokratisierung der Verwaltung immer noch vor den Türen der Ministerien haltmache. Der Minister des Innern, Genosse Severing, meinte, sein Bestreben sei nach wie vor, Vertreter der Volkskreise in die Verwaltung zu bringen, die früher davon ausgeschlossen waren. In das Ministerium des Innern sind nach den Angaben des Ministers drei Sozialdemokraten und vier Zentrumsleute als höhere Beamte eingetreten. Von mittleren Beamten sind sechs im Ministerium und elf in der Provinz Regierungsräte geworden; eine Reihe weiterer Ernennungen steht bevor.

Einverleibung von Lippe nach Preußen? Nach der „Köln. Ztg." werden zurzeit weitere Einverleibungsverhandlungen von Preußen mit den beiden Freistaaten Lippe geführt.

Das Handbuch des Reiches.

Nach bald vier Jahren hat sich ein alter Bekannter in neuer Gewandung wieder eingestellt, dem man es ansieht, daß sich in Deutschland mancherlei verändert hat. Es ist das Handbuch für das Deutsche Reich (Karl Heymann Verlag), das zuletzt im Jahre 1918 noch vor der staatlichen Neugestaltung erschienen war und damals, wie das Vorwort der neuen Ausgabe sagt, „im wesentlichen eine weitgehende Aufzählung der einzelnen in den Reichsbehörden beschäftigten amtlichen Kräfte war, unter Anführung aller Orden und Ehrenzeichen". Es bildete „in der Form eine Art Zivilrangliste der Beamten". In der neuen Form beschränkte man sich auf die Anführung der Namen der führenden und verantwortlichen Persönlichkeiten und legte den größeren Wert auf eine möglichst vollständige Erfassung der Behörden selber mit genauen Adressen der Fernsprechanschlüsse, Bank- und Postscheckkonten. Dieses Buch, das also im Grunde nichts weiter ist als ein Adreßbuch, ist doch, ganz abgesehen von seiner praktischen Bedeutung, in mancher Beziehung auch recht unterhaltsam.

Weiß man z. B., was ein WGOBR. und was ein WGOBgR. ist und wodurch sich der bzw. das erstere von dem letzteren unterscheidet? Gewissermaßen in der Vorhalle des Reiches zu den vielen und wichtigen Reichsbehörden kann man es lernen. Diese Vorhalle enthält nämlich alle wichtigen und gebräuchlichen Abkürzungen. So ergibt sich denn, daß der WGOBR. ein Wirklicher Geheimer Oberbaurat und der WGOBgR. zwar auch ein Wirklicher Geheimer Ober ist, aber ein Oberbergrat. Ueberhaupt wimmelt es in diesem Abkürzungsverzeichnis von Obern und Geheimen und Geheimen Obern und Wirklichen Geheimen Oberräten. Die Liste der Geheimräte ist schier endlos. Da gibt es Geheime Finanz-, Justiz-, Kriegs-, Marine-, Post-, Rechnungs-, Studien- und Veterinärräte und noch viele andere. Sogar Geheime Hofräte gibt es noch. Als erstes wichtigstes Organ der Republik kommt der Reichstag, dessen Mitglieder nach Wahlkreisen und Parteien geordnet und mit Adressen angeführt sind. Es folgen der Reichsrat und der Vorläufige Reichswirtschaftsrat, in dem man merkwürdigerweise der Kategorie: Vertreter der Verbraucherschaft auch die Hauswirte gesellt hat. Der erste Teil endet mit dem Staatsgerichtshof. Im zweiten Teil befindet sich die Reichsregierung mit ihren Behörden. Im Auswärtigen Amt kann man die Beobachtung machen, daß der Adel an verantwortlichen Stellen nicht gerade selten steht. Auch in den diplomatischen Auslandsvertretungen ist er noch immer reichlich vertreten. Reichlich hat sich das Ausland in Deutschland mit konsularischen Vertretern versehen. Selbst die Republik Panama und die Negerrepublik Haiti haben in Deutschland ihre Konsuln.

In langer Reihe schließen sich Reichsministerium des Innern, die Finanz-, Schatz-, Wirtschafts-, Arbeits-, Justiz-, Post-, Verkehrsministerien, das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, für Wiederaufbau und das Reichswehrministerium an. Die Tragik aller Adreßbücher der ganzen Welt erfüllt sich aber auch an diesem. Von dem Tag ihres Erscheinens an stimmen sie nicht mehr genau.

Schülerferienkarten.

Nach einer Bekanntmachung der Eisenbahnverwaltung treten mit Wirkung vom 1. April d. J. neue Bestimmungen über die Ausgabe von Ferienkarten in Kraft. Danach werden Ferienkarten nicht nur für die ordentlichen Studierenden der Universitäten, technischen Hochschulen, Bergakademien, landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen, Musik-, Handels- und Beamtenhochschulen ausgegeben, vielmehr ist der Benutzerkreis auch auf die Schüler der Gymnasien, Progymnasien, Oberrealschulen, Realschulen, Mittelschulen, Bürger- und Volksschulen, höheren Mädchenschulen, Seminare, Präparandenanstalten, Fortbildungsschulen, Blindenanstalten, Taubstummenanstalten sowie auch die Schüler der staatlich genehmigten Privatschulen ausgedehnt worden. Endlich sind auch noch die Besucher der öffentlichen und privaten (staatlich genehmigten) kunstgewerblichen und gewerblichen Schulen, Landwirtschaftsschulen, Handelsschulen und sonstigen Fachschulen in den Benutzerkreis der Ferienkarten für Schüler einbezogen.

Die Schülerferienkarten werden nur ausgegeben zur Fahrt zwischen dem Schulort und dem Wohnort der Eltern der Schüler. Nicht ausgegeben werden Schülerferienkarten an Schüler unter 10 Jahren und an Personen in selbständiger Lebensstellung. Die Schülerkarten werden nur ausgegeben zu Beginn und Schluß des Semesters, sowie aus Anlaß größerer Ferien, und zwar 3 Tage vor bis 3 Tage nach dem in dem im Ausweise angegebenen Reisetag. Die Ausgabe der Schülerferienkarten erfolgt für die 3. und 4. Klasse, wobei der Uebergang in eine höhere Wagenklasse ausgeschlossen ist. Die Fahrkarten sind im Preise um 50 v. H. ermäßigt. Die Benutzung von Schnellzügen ist in der 3. Klasse gestattet, doch muß der volle Schnellzugzuschlag bezahlt werden. Die Fahrkarten werden gegen die Vorlage eines Ausweises ausgegeben, der von der Schulleitung ausgestellt worden ist. Dieser muß neben den Angaben über Reisetag und Reiseziel noch das Alter des Schülers und die Angabe über die unselbständige Lebensstellung enthalten. Im Zweifelsfalle der unselbständigen Lebensstellung kann der Nachweis durch eine Bescheinigung der Gemeindebehörde verlangt werden. Bei derartig weitgehenden Bestimmungen über die Ausgabe von Ferienkarten müssen selbstverständlich auch eine Reihe von Maßregeln zum Schutz gegen Mißbrauch zur Durchführung gelangen: Schüler oder Studierende müssen bei der Benutzung von Schülerferienkarten einen mit Lichtbild versehenen Paß mit sich führen, der die eigenhändige Unterschrift des Paßinhabers enthält. Wer einen nicht auf seinen Namen lautenden Ausweis benutzt oder keinen ordnungsmäßigen Personalausweis bei der Kontrolle der Fahrkarte vorlegen kann, wird als Reisender ohne gültige Fahrkarte behandelt.

Die Kleine aus der Ackerstraße.

Was ein Amerikaner in Berlin erlebte.

Ein ungewöhnlich kostspieliges Abenteuer erlebte am Freitag der vorigen Woche ein Deutschamerikaner in Berlin, der im Dollarlande eine ansehnliche Summe erworben hatte und jetzt nach Deutschland zurückgekehrt war.

In einem Kaffeelokal am Stettiner Bahnhof zechte er mit einer Anni Neumann aus der Ackerstraße. Weil ihm das deutsche Geld ausgegangen war, mußte er schließlich seine Dollarnoten angreifen, die er in der Brieftasche vorsichtshalber unter der Unterhose in einen Strumpf gesteckt hatte. Er bezahlte den Kellner mit einer 20-Dollarnote und steckte dann die Brieftasche in seinen Ueberzieher. Auf der Treppe zu einem kleinen Hotel stahl Anni Neumann dem Angetrunkenen die Tasche, nahm 1200 Dollar heraus und schob dann die Brieftasche wieder in den Ueberzieher. Nachdem der Deutschamerikaner eingeschlafen war, machte sie sich mit der reichen Beute aus dem Staube und suchte ihre Freundin Anni Bohse auf, bei der sie auch deren Freund traf. Dieser erhielt 200 Dollar, um sie am nächsten Morgen auf einer Bank umzuwechseln. Jetzt rüsteten sich beide Mädchen zu einer Reise in die sächsische Heimat. Sie kauften sich Hüte für 5000 bis 6000 Mark, schöne Pelzkragen und Kostüme für 6000 M., Unterröcke für 1600 M., feine Wäsche, goldene Armbänder, Uhren usw. Der Freund der Bohse begleitete sie nach Dresden, Meißen usw. Auf seiner Arbeitsstelle hatte er angegeben, daß er zur Regelung von Familienverhältnissen nach Sachsen fahren müsse. So kam die Kriminalpolizei auf die Spur. Ein Beamter beobachtete den Anhalter Bahnhof und nahm den Mann in Empfang. Er berichtete ohne weiteres über die Vorgänge und behauptete, in gutem Glauben gehandelt zu haben. Anni Neumann hatte ihm versichert, daß sie das Geld von einem reichen Amerikaner geschenkt bekommen habe. Es gelang auch, die Mädchen zu verhaften, bei denen man noch einen Teil des gestohlenen Geldes fand, das dem Amerikaner zurückgegeben wurde. Soweit es ausgegeben war, kann er sich an den schönen Sachen, darunter auch wertvolles Meißner Porzellan, das Anni Bohse für ihre Hochzeit gekauft hatte, schadlos halten.

Ein rätselhafter Toter.

Der gewaltsame Tod eines Mannes beschäftigt die Kriminalpolizei. In der Nacht vom 9. zum 10. d. M. wurde an der Budapester Straße im Tiergarten ein Mann von einem Privatdetektiv angehalten, weil diesem von einem Vertrauensmann mitgeteilt worden war, daß er gestohlene Sachen bei sich habe. Der Detektiv benachrichtigte Beamte der Schutzpolizei, um den Mann nach der Wache bringen zu lassen. Auf dem Wege dorthin setzte sich der Angehaltene zur Wehr und geriet mit dem Privatdetektiv so heftig zusammen, daß dieser zur Waffe griff und einen Schuß abgab. Die Kugel traf den Mann so schwer, daß er zunächst nach der Charité gebracht werden mußte. Von dort wurde er dann einer Privatklinik zugeführt. Hier ist er gestern an der Schußverletzung gestorben. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, die Persönlichkeit festzustellen. Man weiß nur, daß der Tote vier verschiedene Namen geführt hat, den eines Kellners Bruno Eckardt, eines gewissen Rittel, eines Beier und eines Preiel. Ob man es hier vielleicht mit dem „Schlagsahnefabrikanten" Preiel zu tun hat, der, wie wir seinerzeit berichteten, durch Herstellung von „Schlagsahne" aus Quillajarinde und „Teppichhandel" es in kurzer Zeit vom mittellosen Chauffeur zum mehrfachen Millionär gebracht hat, bis er entlarvt und festgenommen wurde, wird noch weiter untersucht.

Einstellung der Warmwasserversorgung?

Die Warmwasserversorgung wird demnächst in den meisten Groß-Berliner Häusern, die solche Einrichtungen haben, gänzlich eingestellt werden. Nur im zahlungskräftigen Berliner Westen wird man teilweise die Benutzung der häuslichen Badestube noch beibehalten. Die überwiegende Mehrheit der Inhaber von Zwei- und Dreizimmerwohnungen will auf Warmwasser und damit auch auf das Wannenbad im Hause ganz verzichten, weil jetzt schon die Kosten für die Warmwasserversorgung bei nur viertägiger Benutzung im Monat den Betrag der Grundmiete fast erreichen. Im nächsten Herbst und Winter werden diese Kosten voraussichtlich auf das Doppelte gestiegen sein, so daß Kleinmieter nur für Bade- und Abwaschwasser an vier Monatstagen rund 100 Mark zu zahlen hätten, was dem Werte der Leistung nicht mehr entspricht. Tausende von Badestuben werden also unbenutzt stehen, obwohl die Miete für diesen Flächenraum bezahlt werden muß. Sehr kritisch für Mieter ist die Frage der Warmwasserversorgung auch dadurch geworden, daß die heute sehr teuren Kosten für Reparaturen an Warmwasseröfen auf die Mieter zurückfallen. In einem Falle sind die Mieter verurteilt worden, einen ganz neuen Ofen, der etwa 5000 M. kostet, einbauen zu lassen.

Die Not mit dem Potsdamer Notgeld.

Der Handelsminister hat das neue Potsdamer Notgeld, die bekannte Soldatenserie, als Zahlungsmittel aus politischen Gründen verboten. Als regelrechtes Zahlungsmittel sind die Soldatenscheine jedoch gar nicht erst in den Verkehr gekommen, denn die Serien fanden bei Sammlern im Auslande reißenden Absatz. Der Potsdamer Magistrat hat dagegen Beschwerde eingelegt, denn die Potsdamer Scheine sind sogenannte Schecks, und erst vom 1. April wird eine Verordnung in Kraft treten, die bestimmt, daß auch derartige Schecks unter das Notgeld einzureihen sind. Der Potsdamer Magistrat, der die Scheine mit einem Luxussteuer-Aufschlag von 15 Proz. ausgibt, macht natürlich ein glänzendes Geschäft.

Erweiterung des Blitzfunktelegrammverkehrs. An dem Versuch mit dem zunächst zwischen Berlin und Hamburg eingerichteten Blitzfunktelegrammverkehr nehmen jetzt auch Bremen, Breslau, Dortmund, Frankfurt a. M., Hannover und Leipzig teil, so daß jetzt zwischen allen diesen Orten — einschließlich der Börsen — Blitzfunktelegramme zugelassen sind.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 20. bis 26. März zum Preise von 950 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 475 Mark für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 20. März bis auf weiteres zum 18fachen Betrag des Nennwertes.

Finanzämter und Auslandsreisen. Zur Erlangung der Ausreisebewilligung, ja schon des Auslandpasses, ist bekanntlich die Genehmigung des Finanzamtes erforderlich. Die Groß-Berliner Finanzämter sind aber an den Montagen meist geschlossen und es besteht der unbegreifliche Zustand, daß einige zwar auch am Montag die Paßbescheinigung erteilen, andere nicht. Auf unsere Beschwerde hat jetzt das Reichsfinanzministerium angeordnet, daß alle Finanzämter auch am Montag diese Bescheinigungen zu erteilen haben. Hoffentlich dauert es nicht lange, bis dieser Erlaß auch zur Praxis geworden ist.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Vielfach heiter, aber veränderlich, nachts Frost, auch am Tage sehr kühl bei frischen nordöstlichen Winden. Oefter leichte Schneefälle.

Oberschlesische Tragödien. In der Nacht zum Sonntag fuhr ein Auto von einer Spritztour heimkehrend bei Beuthen derart an einen Baum an, daß der Baum umgerissen, sämtliche Insassen herausgeschleudert und erheblich verletzt wurden. Ein Insasse wurde sogar lebensgefährlich verletzt und mußte ins Krankenhaus geschafft werden, wo er hoffnungslos darniederliegt. — Im Labander Walde bei Gleiwitz fanden zwei junge Burschen eine Handgranate. Beim Hantieren mit ihr ging sie plötzlich los und verletzte beide so schwer, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten, wo einer von ihnen verstarb. — In Oppeln verübte ein Apo-Unterwachtmeister an seiner Braut und seinem Kinde einen Mordversuch und machte dann einen Selbstmordversuch durch Kopfschüsse. Die Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus gebracht.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Donnerstag, den 23. März:

38. Abt. 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Losat, Bergmannstraße 8. Alle Funktionäre haben zu erscheinen. Sehr wichtige Besprechung.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr. Telephon Moritzplatz 121 85-121 10.

Heute, Mittwoch, den 22. März:

Friedrichsfelde. Jugendheim Berliner Str. 44. Vortrag: Zweck und Ziele der Arbeiterjugend. — **Friedrichshagen.** Jugendheim Scharnweberstr. 103a. Vortrag: „Jugend und Partei." — **Kaulsdorf.** Jugendheim Gemeindeschule Adolfstraße [illegible]. Vortrag: „Der März in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung." — **Lichtenberg.** Jugendheim Parkaue 10. Vortrag: „Erste Hilfe bei Unglücksfällen". — **Mahlsdorf.** Jugendheim Gemeindeschule Waldowstraße. Vortrag: „Warum bin ich in der Arbeiterjugend." — **Mariendorf.** Jugendheim Schule Chaussee-/Königstraße. Vortrag: „Das Zeitalter der Reformation." — **[illegible] Vorstadt.** Jugendheim Gemeindeschule Cuxhavenerstraße 6/7. Vortrag: „Anfangsgründe des Sozialismus." (Fortsetzung.) — **Tempelhof.** Jugendheim Germaniastraße. Vortrag: „Erste Hilfe bei Unglücksfällen." — **Treptow.** Der erste Abend der Arbeitsgemeinschaft findet um ½8 Uhr bei Wissel, Plesser Str. 3 statt. — **Weißen.** Jugendheim Baugewerkschule Kurfürstenstr. 141. Vortrag: „Wie soll man wandern."

Gewerkschaftsbewegung

Streik in der Damenwäsche-Fabrikation?

Es hat den Anschein, als wenn die Fabrikanten unter allen Umständen einen Kampf wollen! Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband hat den Arbeitgebern die Forderung von 35 Proz. für März auf die Februarlöhne, für die im Betriebe Beschäftigten unterbreitet. Für die Heimarbeiterinnen, für die noch keine tarifliche Regelung besteht, wurde verlangt, daß das von einer paritätischen Kommission ausgearbeitete Stundenschema anerkannt und mit dem Stundenlohn der Betriebsarbeiterinnen multipliziert wird. Letzteres wurde von den Fabrikanten, nachdem sie bei vorherigen Verhandlungen ihre Zustimmung gegeben, grundsätzlich abgelehnt, um auf Kosten der Heimarbeiterinnen ungeheure Profite machen.

Für die Betriebsarbeiterinnen boten die Fabrikanten bei den Verhandlungen für März 10 Proz. und für April 20 Proz. auf die Februarlöhne. Das wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt und der Schlichtungsausschuß angerufen. Dieser fällte am 16. März folgende Schiedssprüche:

1. Für Betriebsarbeiterinnen.

„Die bisherigen tariflichen Löhne (Februarlöhne) werden für März um 20 Proz. und für April um 35 Proz. erhöht."

2. Für Heimarbeiterinnen.

„Die beiden Arbeitgeberverbände gehen mit dem Arbeitnehmerverband eine Tarifgemeinschaft zur Regelung der Heimarbeiterlöhne ein, mit Wirkung vom 1. April 1922. Als Grundlage dient die vom Antragsteller überreichte Arbeitszeiten-Uebersicht (Stundentarif) und der jeweilig für die Werkstättenarbeiterinnen (Näherinnen) geltende Stundenlohn."

Hierzu wurde die folgende Begründung gegeben:

„Es erscheint dem Schlichtungsausschuß durchaus zweckmäßig, daß die Löhne einer so großen Gruppe, wie die Heimarbeiterinnen dieser Branche es sind, durch einen Tarifvertrag geregelt werden, zumal in anderen verwandten Branchen (Damenmäntelkonfektion, Schürzenkonfektion, Mützenbranche und Knabenkonfektion) solche Regelung bereits besteht und sich nach Kenntnis des Schlichtungsausschusses bewährt hat.

Der Arbeitgeberverband hat offenbar selbst eine solche Tarifgemeinschaft für möglich erachtet, denn er hat bei Ermittelung der Arbeitszeiten in einer paritätischen Kommission mitgewirkt.

Der in Bezug genommene Stundentarif kann deshalb zugrunde gelegt werden, weil er paritätisch ermittelt, auch von den Zwischenmeistern ausdrücklich als geeignet anerkannt worden ist und die Fabrikanten ihn nicht bemängelt haben.

Zweckmäßig werden allerdings zugleich die Fabrikanten und Zwischenmeister ihr Verhältnis unter sich gleichfalls vertraglich regeln müssen, was in den obengenannten Branchen schon geschehen ist."

Diesem Schiedsspruch haben die Arbeitnehmer, trotzdem ihnen der Zuschlag nicht genügte, um endlich den Heimarbeiterinnentarif zustande zu bringen, an demselben Abend in einer von 1700 Mitgliedern besuchten Versammlung unter folgender Entschließung zugestimmt:

„Die Versammlung beschließt, beiden Schiedssprüchen, verbunden zu einer Einheit, ihre Zustimmung zu geben. Sie erwartet das gleiche von den Arbeitgebern bis zur vorgeschriebenen Frist. Sollte jedoch von den Arbeitgebern ein Teil dieser Einheit abgelehnt werden, so betrachtet sich die Versammlung nicht mehr an ihre Zustimmung gebunden und ist frei für ihre ferneren Entschlüsse."

Den Fabrikanten ist nun vom Schlichtungsausschuß eine Frist von einer Woche gegeben, wo sie sich zu entscheiden haben über Annahme oder Ablehnung. Beharren die Fabrikanten auf ihrem Standpunkt, so werden die Arbeitnehmer in ihrer Mitgliederversammlung am Freitag, nachmittags 5 Uhr, in den Sophien-Sälen allem Anschein nach den Streik beschließen.

Die Nothilfe im Müllkutscherstreik.

Die bürgerliche Presse ist voll des Lobes über die Nothelfer, die als Studenten die Schulbank verlassen, um die schwere und schmutzige Arbeit des Müllfahrens zu verrichten. Man gibt zwar zu, daß ihre Leistungen nicht denen der geübten Müllkutscher entsprechen, aber sich heben werden, wenn nur die Nothelfer die Geduld nicht verlieren. Vorläufig freilich. . . . Stolz berichtet der „Lokal-Anzeiger" vom 15. März, daß die Nothelfer in der Zeit vom 4. bis 13. d. Mts. 113½ Eisenbahnwaggons Müll verladen hätten, bei drei Mann Besatzung und täglich zwei Fahrten pro Gespann. Man beachte, daß die Streikenden laut Tarifvertrag mit nur zwei Mann Besetzung pro Gespann täglich drei Fahrten leisteten und durchschnittlich 55—60 Eisenbahnwaggons füllten. Die Leistung der Nothilfe in 8 Arbeitstagen ist also mit ⅓ weniger Arbeitskräften von den Streikenden vordem in zwei Tagen vollbracht worden. Das „Berliner Tageblatt" schildert in der Morgenausgabe vom 17. März, wie arbeitsfreudig die Nothelfer die ungewohnte Arbeit leisten und damit die Streikenden beschämen. Die Reihe sich zu schämen ist aber an den Nothelfern, die sich mit Asylisten und sonstigen fragwürdigen Elementen zusammen auf den Wagen setzen und so den um die Erhaltung ihrer Rechte kämpfenden ehrlichen Arbeitern in den Rücken fallen. Auch ist es kein gutes Zeugnis für die Nothilfe, daß auf dem Depot in dem Helmholtzstraße die Spinden im Umkleideraum erbrochen wurden und die den Streikenden gehörenden Peitschen und andere Gegenstände verschwunden sind. Die Leitung der Nothilfe behauptet, daß nur solche Helfer Verwendung fänden, die vor dem Einsatz im Müllkutscherstreik bereits eingeschriebene Mitglieder waren und die Nothelfer nicht mit angeworbenen Arbeitswilligen zusammenarbeiten. Diese soll auch in den mit der Direktion der Wirtschaftsgenossenschaft über die zu verrichtende Arbeit aufgestellten Richtlinien vereinbart sein; „sie wollen nicht das Odium des Streikbruches auf sich laden, ihr Grundsatz ist: keinem zu Liebe, keinem zu Leide." Der Transportarbeiterverband hat Beweise dafür, daß dieser Grundsatz schon längst in die Binsen gegangen ist. Es arbeiten Hand in Hand der Studios mit dem Asylisten oder sonst einem von der Nothilfe angeworbenen Arbeitswilligen, der nachträglich dann einen Ausweis von der Nothilfe erhält. Auch wurde erklärt, daß nur das Müll aus den Krankenhäusern und denjenigen Grundstücken, in welchen sich Lebensmittelgeschäfte befinden, von der Nothilfe abgefahren werden sollte. Hier ist die Nothilfe ebenfalls ihren Erklärungen nicht treu geblieben.

Mehr und mehr wächst sich die Nothilfe zu einer Gefahr für die gesamte Arbeiterschaft, insbesondere für die Gewerkschaften, aus. Wo soll es hinführen, wenn die gegen Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses streikenden Arbeiter dadurch gefügig gemacht werden sollten, daß die aus den Mitteln der Steuerzahler unterhaltene Nothilfe dem privaten Arbeitgeber beispringt. Damit würde das Koalitions- und Streikrecht illusorisch gemacht werden. Oder soll dieses etwa der Zweck der Nothilfe sein? Es wird die Aufgabe der Gewerkschaften sein, die hier sich zeigende Gefahr im Auge zu behalten.

Wie stark sich die Wirtschaftsgenossenschaft durch den Einsatz der Nothilfe fühlt, geht daraus hervor, daß der Direktor Bissing am 18. d. M. erklärte, er werde vor einem vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schiedsgericht nicht verhandeln. Mit Hilfe der Nothilfe unter dem Schutz der Schupo glaubt die Wirtschaftsgenossenschaft sich nach und nach für ihren Betrieb geeignete Arbeitskräfte heranzubilden und die Streikenden auf die Knie zwingen zu können. Letzteres dürfte ihr sicher nicht gelingen. Die Streikenden sind fest entschlossen, den Kampf solange zu führen, bis auf die Verschlechterungen des Tarifvertrages verzichtet wird. Es sind Bestrebungen im Gange, den Streik auf das gesamte Transportgewerbe auszudehnen. Soll das vermieden werden, ist es notwendig, daß die Behörden anstatt durch die Nothilfe einen Druck auf die Arbeiter auszuüben, dem wahren Schuldigen an der Verhinderung des Friedens, der Genossenschaft, nahelegen, daß es höchste Zeit ist zur Verständigung.

Vornehmste Pflicht der gesamten Angestelltenschaft muß es aber auch weiterhin sein, den Müllkutschern Solidarität zu beweisen, jede Streikarbeit zu verweigern und zu verhindern.

Lohnverhandlungen in der Zigarettenindustrie.

Vor dem Schlichtungsausschuß wurde am Montag erneut über die Festsetzung tariflicher Löhne für die Angestellten in der Zigarettenindustrie verhandelt. Die Arbeitgeber lehnten wiederum die Verhandlungen mit dem Lohnkartell vor dem Schlichtungsausschuß ab, erklärten sich jedoch bereit, mit dem ZdA., in dem die Angestellten organisiert sind, zu verhandeln. Der Schlichtungsausschuß beharrte auf dem Standpunkt, daß das Lohnkartell als Kontrahent zulässig und berechtigt sei, die Angestellten zu vertreten, empfahl aber den Vertretern der Angestellten, auf den Vorschlag der Arbeitgeber einzugehen. Die Vertreter der Angestellten haben diese Empfehlung befolgt und am Dienstag mit den Arbeitgebern verhandelt.

Ueber das Ergebnis wurde von Kasper im wesentlichen folgendes berichtet:

Die Arbeitgeber haben der Tarifkommission Gruppierungsvorschläge unterbreitet, die eine erhebliche Verschlechterung für den überwiegenden Teil der Angestellten herbeiführen würden. An Gehalt wollen sie bewilligen für Gruppe 1: 1800 bis 2625 M., Gruppe 2: 2125 bis 3125 M., Gruppe 3: 2440 bis 3500 M., Gruppe 4: 3000 bis 4000 M. Die Höchstsätze sollen nach acht Berufsjahren gelten.

Die Kommission hat die neue Gruppierung und die genannten Lohnsätze für unannehmbar erklärt und verlangt, daß die bisherige Gruppierung mit 10 Berufsjahren und Gleichstellung der weiblichen mit den männlichen Angestellten bleiben und ab 1. Februar folgende Lohnsätze gelten sollen:

Gruppe 1: 2000 bis 2600 M., Gruppe 2: 2500 bis 3250 M., Gruppe 3: 2950 bis 3950 M., Gruppe 4: 3400 bis 4650 M.

Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten, sie müßten diese Gegenvorschläge der Angestellten erst einer Versammlung unterbreiten, seien aber bereit, am nächsten Montag weiter zu verhandeln.

Nach der Aussprache, in der das Verhalten der Arbeitgeber scharf kritisiert wurde, gelangte eine Entschließung gegen vier Stimmen zur Annahme. Darin wird der Gegenvorschlag der Tarifkommission als Mindestforderung erklärt und gefordert, daß das neue Tarifabkommen bis spätestens kommenden Freitag abgeschlossen werden solle. Für den Fall der Ablehnung ihrer Forderungen behalten sich die Angestellten weitere Schritte vor.

Der Kampf der Metallarbeiter in Süddeutschland nimmt an Umfang und Verschärfung zu. In Württemberg stehen 41 080 Metallarbeiter aus 180 Betrieben im Streik, denen sich am Freitag wahrscheinlich weitere 10 000 Arbeiter, die in 30 Betrieben in Kündigung stehen, anschließen werden. — In Bayern ist die vom Verbande bayerischer Metallindustrieller angedrohte Aussperrung der Arbeiter der nicht bestreikten Betriebe erfolgt und so die Zahl der Streikenden um rund 5500 erhöht worden.

Wirtschaft

Ausnutzung des Siedlungslandes. Der Landwirtschaftsminister weist in einer neueren Verfügung auf die bedauerliche Erscheinung hin, daß die Siedlungsgesellschaften bei der Aufteilung großer Güter stellenweise eine im Verhältnis zum Umfange des Aufteilungsobjektes zu geringe Zahl von Kleinsiedlerstellen einrichten und zu große Restgüter belassen. In der heutigen Zeit, in der die Nachfrage nach Kleinsiedlerstellen nicht annähernd befriedigt werden könne, müsse das Bestreben der Siedlungsorgane auf Befriedigung des Landbedürfnisses möglichst vieler Siedler gerichtet sein. Wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, soll deshalb die Auslegung von Restgütern und sonstigen größeren Stellen auf ein tunlichst geringes Maß eingeschränkt werden. Diese Gesichtspunkte sind besonders dann zu beachten, wenn die Siedlungsgesellschaften den Landerwerb den Vergünstigungen des Reichssiedlungsgesetzes verdanken. Um den Siedlungszweck möglichst vollkommen zu erreichen, muß das vorhandene Siedlungsland durch intensive Besiedlung bestmöglichst ausgenutzt werden.

Fehlschlag der Prager Messe. Die Prager Mustermesse wurde Sonntag geschlossen. Der Erfolg ist infolge der Valutasteigerung und der sonstigen ungünstigen Exportverhältnisse nach der Tsl. nicht sehr befriedigend, also ein Fehlschlag gewesen. Man versucht natürlich wieder, den Mißerfolg nur auf die hohen Löhne zurückzuführen und diesen willkommenen Anlaß zur Minderung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft auszunutzen.

Erneuerung des Kohlensyndikats. Die Auseinandersetzungen im Kohlensyndikat über die Vorrechte der Hüttenzechen und über den Koksabsatz der Kohlenbergwerke scheinen jetzt zu einer Verständigung geführt zu haben. Wie WTB. meldet, erfolgte in der Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, die sich mit der Erneuerung des Syndikatsvertrages befaßte, eine Einigung auch über die letzten noch offenen grundsätzlichen Fragen. Der neue Vertrag soll am Sonnabend unterzeichnet werden.

Sistierung der sowjetrussischen Pelzwarenauktion in Leipzig. Infolge einer von der Kopenhagener Firma Russik Handelskompagnie A/S bewirkten einstweiligen Verfügung ist die auf den 20. März angesetzte Versteigerung russischer Pelzwaren in Leipzig laut Meldung des „Konfektionär" in letzter Minute aufgehoben werden. In Interessentenkreisen herrscht darüber außerordentliche Erregung; am Eröffnungstage hatten sich etwa 600 Einkäufer, darunter viele Ausländer, vor allem aus Amerika, in Leipzig eingefunden.

Mißerfolg der Irbiter Pelzmesse. Entgegen den optimistischen Berichten der Sowjetpresse über einen lebhaften Geschäftsgang auf der Pelzmesse in Irbit stellt der Vorsitzende des Zentralverbandes der Genossenschaften im Ural öffentlich fest, daß der Erfolg der Messe verschwindend gering sei; nur einige wenige staatliche und private Handelsunternehmungen seien vertreten gewesen und hätten ihre Waren angeboten. Auch von den Pelzjägern und den Pelzhändlern der nächsten Umgegend und Sibiriens seien nur sehr wenige zugereist. In Irbit herrschte in den Messetagen die gleiche Geschäftsstille wie gewöhnlich. Der Mißerfolg der Messe sei auf die von Grund aus mangelhafte Vorbereitung, das Fehlen der Propaganda, die Reiseschwierigkeiten und die uneinheitliche Leitung der Messeorganisation zurückzuführen.

Eine internationale Filmgründung. Eine interessante internationale Gründung ist soeben in der Filmindustrie zustandegekommen. Es handelt sich um eine Filmverleihgesellschaft, die die Verwendung und den Austausch deutscher, russischer und französischer Filme sich zum Ziel gesetzt hat. Sie wurde von der Ermolieff Cinema, Moskau (Pathé frères, Paris) und dem Bankhaus Sponholz & Co. in Berlin mit vorläufig 8 Mill. M. Aktienkapital gegründet. Im Aufsichtsrat sitzen zum Teil recht bekannte Leute. So der Kammerpräsident Künzig des jetzt wieder eifriger tätig werdenden Fürstenbergkonzerns, Behrens von der Arnheim A.-G. und im besonderen russische Interessenten. Der Firma hat man den Titel „Wiking Film A.-G." gegeben.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband, Deutsch. Holzarbeiter-Verband, Verband der Maler und Lackierer, Verband der Sattler und Verband der Transportarbeiter.
Donnerstag, den 23. März, nachm. 5 Uhr, in Boeckers Festsälen, Weberstr. 17:
Vollversammlung
aller in den Wagen- u. Karosseriefabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tagesordnung:
Stellungnahme zu unserer Lohnbewegung.
Erscheinen aller Beschäftigten ist notwendig, da eventl. abgestimmt werden muß.
115/7 Die Ortsverwaltungen.

Zeitungspapier! gebündelt, zu 4,50
Haus-lumpen! Wein-flaschen!
Hohe Preise
Neukölln, Weserstraße 178
Altpapiergeschäft! Abholung!
Fernspr.: Neukölln 281.

Gold Silber Platin Zahngebisse
Bruch
Erich Fahrmann
Gotzkowskystr. 13

Korbmöbel
kauf. Sie am vorteilhaftesten dir. b. Hersteller
A. Lesdau
Werkstätten für feine Korbmöbel
Fernspr. Neukölln 139
Ausstell. u. Verkauf nur Neuk., Anzengruberstr. 26

Spezialarzt Dr. Feldmann
behand. schnell gründlich, mögl. schmerzl. u. ohne Berufsstörung, Geschlechtskrankheiten, geh. Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erpr. Methoden Harn- u. Blutuntersuchung
Königstr. 34-36, Bahnhf. Alexdpl. Spr. 10-1, 5-1/28. Snt. 10-1

Kein Zwischenhandel, daher zahlen wir unüberbietbare Preise für
Gold-, Silber-, Platin-, Doublé-Sachen
Bruch
Zentrum:
Bocksch Kleine Frankfurter Straße 1
Uhrmacher u. Juweliere 3 Minuten vom Alexanderplatz
Osten:
Przybylski Krossener Straße 16
2. Haus von d. Simon-Dach-Str.

Hemdentuche / Louisiana / Bettdamast / Inletts / bunte Bezugstoffe / Handtücher/Hemden-u. Blusenflanelle/Percal / Gabardine / Schotten / Kleider-Seide / Zefirlagen / Schürzen / Taschentücher
Beste Qualitäten! Billigste Preise!
Ella Dehmel, Neukölln
Riemeistr. 9 Tel. 409 Nähe Richardplatz

Brillanten, Gold-, Platin-, Silber-, Doublé-
Bruch,
Ketten, Uhren, Zahngebisse, alte Münzen zahle weg. Beingeub. Bedarfs die
höchsten Tagespreise ohne jeglichen Abzug.
P. Arendt
Ackerstraße 38,
Min. v. Stett. Bahnh. an der Bernauer Str.

Die Anfertigung moderner Korsette, Reform-Korsette, Kinderleibchen, Büstenhalter usw.
aus eingesandten Stoffen unter Hinzunahme besten Materials, als auch Reinigung und Wiederherstellung getragener Korsette übernimmt bei billigster Berechnung
Korsett-Fabrik Richard Necke
1. Geschäft: Bln.-Karlshorst, Treskow-Allee 99
2. Geschäft: Bln.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 36
3. Gesch.: Bln., Kommandantenstr. 23, E. Alte Jakobstr.

Echte extrast. Walthorius Hienfong-Essenz (Gesetzl.) 12 Fl. M. 50, bei 24 Fl. M. 100 franko und inkl. Zu haben in Apotheken u. Drogerien. Herst. Laboratorium H. Walther, Halle a. S.-Trotha 143

„Vorwärts"-Ausgabestellen sowie Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (Z. Z.) Aktiengesellschaft * Inseraten-Annahme

Südwest: Lindenstr. 3, II. Hof parterre. — Jerusalemer Straße 56, Hauptgeschäft.
Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenpl. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Westen: Steglitzer Str. 67, Ecke Magdeburger Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Süden: Bärwaldstraße 42, a. d. Gneisenaustraße. Geöffnet von 9—6 Uhr. — Prinzenstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Osten: Marfusstr. 35. Geöffnet von 9—6 Uhr. — Petersburger Platz 4. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Südosten: Lausitzer Platz 14/15. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 24. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 48, Lübecker Str. 11. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Wedding: Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße. Frau Schneider, Reinickendorfer Str. 11, Papiergeschäft, Eingang Schönwalder Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wattstr. 9. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Gesundbrunnen: Bastianstr. 7. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 23. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Adlershof, Alt-Glienicke: Frl. Walter, Adlershof, Genossenschaftsstr. 6, parterre.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 186, Laden.
Bernau, Königental, Zepernick, Schönbrück, Karow und Buch: Heinrich Brost, Bernau, Mühlenstr. 5.
Biesdorf: W. Dannenberg, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Hortemann, Genossenschaftshaus „Paradies"
Buchholz, Blankenburg: Hainke, Buchholz, Bahnhofstr. 24.
Charlottenburg I: Sesenheimer Str. 1. Geöffnet von 9 bis 6 Uhr.
Charlottenburg II: Tauroggener Str. 11.
Charlottenburg III: Kaiserdamm 101. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Charlottenburg IV: Regensburger Straße 10.
Cöpenick: Schönberg, Landsberger Str. 18.
Eichwalde-Schmöckwitz: Kühner, Bahnhofstr. 12.
Erkner: Albert Kessler, Friedrichstr. 21.
Falkenau: Krachte, Bismarckstr. 1.
Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstraße.
Fredersdorf-Petershagen: Uffenmoller, Petershagen.
Friedrichshagen: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Halensee, Grunewald: Halensee, Johann-Sigismund-Str. 12.
Hermsdorf: Emmrich, Kaiserstr. 1.
Herzfelde: Frau Nemet, Hauptstr. 26.
Hohenschönhausen: Siegeris, Bismarckstraße.
Johannisthal: Alwin Gammisch, Bismarckstr. 8.
Karlshorst: Frau Stanke, Hentigstr. 22, vorn parterre.
Kaulsdorf: Liebig, Finsterberger Str. 14.
Königswusterhausen: C. Meyer, Potsdamer Str. 8.
Köpenick, Hirschgarten: Schlag, Kietzer Str. 6 (Laden). Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg I: Lichtenberg, Wartenbergstr. 1. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Boxhagener Str. 62. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 135, Laden.
Lichtenrade: Franz Wichura, Kaiser-Friedrich-Str. 8, Restaurant.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Wenzel, Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 1.
Lichterfelde-West: Hindenburgdamm 33.
Mahlsdorf: Emil Rausch, Lemkestr. 25.
Mariendorf: August Lerz, Chausseestr. 30.
Marienfelde: Berliner Str. 142.
Neuenhagen: Benzle, Siegelstr. 71.
Neukölln: Neckarstr. 2. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Neukölln-Britz: Siegfriedstr. 28/29. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Niederschöneweide: Hartrampf, Brückenstr. 10 II.
Niederschönhausen, Nordend: Gosdowski, Niederschönhausen, Treskowstr. 27.
Nowawes: Karl Kronsberg, Eisenbahnstr. 10.
Oranienburg: Heinr. Leonhardt, Stralsunder Str. 6.
Oberschöneweide: Robert Paul, Mathildenstr. 6.
Pankow: Rikmann, Mühlenstr. 70.
Potsdam: Frau Lack, Kurfürstenstraße 11.
Rahnsdorf: Teichert, Forststr. 7.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Mahle, Provinzstraße 26 (Laden).
Reinickendorf-Rosenthal: W. Buro, Prinz-Heinrich-Str. 54.
Schmargendorf: Nehab, Breite Str. 4.
Schöneberg: Belziger Str. 27. Geöffnet von 9—6 Uhr. Kühn, Hauptstr. 16.
Senzig, Mittenwalde, Schenkendorf, Niederlehme, Neue Mühle, Zernsdorf, Cablow: Friedewald, Senzig, Chausseestr. 54.
Siemensstadt: Töpler, Schulstr. 7.
Spandau: Lindenufer 34.
Staaken: Böllel, Eichenwinkel 16.
Steglitz: Berndt, Düppelstr. 41.
Südende: Ludwig, Halskestr. 56.
Tegel, Borsigwalde, Reinickendorf-West, Waidmannslust, Freie Scholle, Hermsdorf, Birkenwerder, Bergfelde, Stolpe, Borgsdorf und Heinersdorf: Borsigwalde, Räuschstraße 10. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Teltow: Häfel, Ritterstr. 29.
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 12.
Tempelhof: Kandler, Hohenzollernkorso 8.
Treptow: Göring, Bahnhofstr. 62.
Treptow: Gramenz, Kiefholzstr. 412, vorn 1 Tr.
Weißensee: Meyer, Berliner Allee 54. Gillmann, Carmen-Sylva-Str. 57.
Wildau-Hoherlehme: Rud. Lettow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Schulze, Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 31.
Wilmersdorf: Holsteinische Str. 19, Tübinger Str. 2a.
Wittenau: Wilh. Zimmermann, Rosenthaler Str. 46.
Waltersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Wegner, Zehlendorf, Teltower Str. 3.
Zeuthen, Miersdorf: A. Hehling, Bahnhofstr. 3.
Zossen: Witt, Bahnhofstr. 25.

Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.